Gegründet 1947 · Donnerstag/Freitag, 2./3. Oktober 2014 · Nr. 229 · 1,40 Euro · PVSt A11002 · Entgelt bezahlt

www.jungewelt.de

Solidarisch

Yor 40 Jahren wurde die Freundschaftsgesellschaft BRD-Kuba in Essen gegründet. Von Volker Hermsdorf

Aggressiv

Am Donnerstag stimmt das türkische

Parlament über Ermächtigung zum
Einmarsch nach Syrien ab

Sachlich

Altkanzler Gerhard Schröder wirbt auf

Rußlandtag in Rostock für Kooperation statt Konfrontation

Wilhelminisch

Geplantes Freiheits- und Einheitsdenkmal

In Berlin steht fest auf kaiserlichem Grund. Von Eugen Januschke

Dann feiert mal schön

Der »Tag der deutschen Einheit« steht an. Die Dogmen der Geschichtsschreibung sind gesetzt. Jeder soll sich bekennen, doch Unterschiede bleiben. Von Michael Merz

ine Worthülse sorgt derzeit für akuten Bekenntniszwang – der »Unrechtsstaat«. Wer in der DDR aufgewachsen ist und gelebt hat, sieht sich unter Druck gesetzt, die »Knute der Unterdrückung«, unter der alle zwischen Rügen und dem Vogtland bis 1990 zu »leiden« hatten, in schillerndsten Farben auszumalen. Sollte derjenige das nicht tun, ist der Stempel »Verfassungsfeind« aufgedrückt. Erstaunlich ist, daß das Verdammen des »Unrechtsstaats« vornehmlich von denen eingefordert wird, die die DDR nie von innen gesehen haben.

Der »Tag der deutschen Einheit« steht wieder einmal an. Ein willkürlich datierter Feiertag, der wohl nur auf den 3. Oktober gelegt wurde, damit die DDR nicht 41 werden konnte. In diesem Jahr ist es kein runder Geburtstag, aber er fällt zusammen mit dem 25jährigen Jubiläum der Ereignisse von 1989. Und da wird zusammengepanscht, was nicht zusammengehört. Zum Beispiel übergeht das geltende Dogma großzügig, daß die, die im Oktober '89 auf die Straße gingen, das eben nicht für die deutsche Einheit taten, sondern für eine reformierte DDR. Sie wollten dableiben und nicht abhauen.

Doch das will heute keiner mehr hören. Es paßt nicht ins Bild der alten kalten Krieger, die pünktlich wieder aus ihren Löchern krochen, um die DDR als Hölle auf Erden zu charakterisieren, die glauben machen wollen, daß am 3. Oktober 1990 ein uneingeschränkter Rechtsstaat implementiert wurde. Es ist Propaganda mit Tradition, deren absurde Auswüchse beispielsweise ein Foto der *ADN*-Reporterin Waltraud Grubitzsch dokumentiert. Das Bild erhielt 1976 auf der World-Press-Photo-Ausstellung einen zweiten Preis in der



Propaganda mit Tradition: Schon 1978 wurde aus einem Kindergarten in der DDR kurzerhand ein »Sowjet-KZ«

Kategorie »Das schöne Foto«, die Szenerie zeigt einen DDR-Kindergarten. Beschnitten und grobkörnig erschien es auch 1978 auf der Titelseite einer westdeutschen Zeitschrift mit dem Hinweis: »Kinder in Häftlingskleidung. Ein aus dem Sowjet-KZ in der UdSSR geschmuggeltes Bild.« Ziemlich plump läuft so etwas auch heute noch. Egon Krenz stellte am Dienstag abend in der *jW*-Ladengalerie ein Buch vor. Das Krawallblatt *B.Z.* log danach über den Auftritt des letzten DDR-Staatschefs: »Zugang hatten nur ehemalige FDJ-und SED-Funktionäre und Stasi-Offiziere.«

Die DDR wurde vor 24 Jahren end-

gültig übernommen. Gedanken über eine gesamtdeutsche Verfassung oder etwa eine neue Hymne wurden schon 1990 weggefegt vom Sog der D-Mark. Ebenso wie ganze Industriezweige, soziale Gefüge, individuelle Lebensentwürfe. Es kamen windige Geschäftemacher, rhetorisch geübte Neonazis und in ihren Absichten auch durchaus wohlmeinende Westler, jeder DDR-Bürger hatte sich zu arrangieren.

Was ist es heute – Dekaden später – für eine Einheit, wenn die Chancengleichheit auf nicht absehbare Zeit derart divergiert? Die Wirtschaftskraft liegt laut einer am Mittwoch von *dpa* veröffentlichten Erhebung im Osten

um ein Drittel unter Westniveau. Die Erwerbslosenquote ist fast doppelt so hoch, Ostdeutsche besitzen nicht einmal halb soviel Vermögen. Einige wenige Errungenschaften wurden bewahrt. Etwa die Kinderbetreuung: Doppelt so viele Kinder haben im Osten die Möglichkeit, eine Krippe zu besuchen. Und wenn Joachim Gauck zur offiziellen Feier am Freitag in Hannover ans Rednerpult tritt, sollte er vom örtlichen Publikum ein Bekenntnis zur »Wiedervereinigung« einfordern. Während immerhin 75 Prozent der Ostdeutschen diese positiv bewerten, sieht nur rund die Hälfte der Westdeutschen (48 Prozent) mehr Vor- als Nachteile.

Kiew nimmt Donezk wieder unter Beschuß

Ukrainische Armee setzt Raketenwerfer gegen Industriemetropole im Osten ein. Mindestens acht Tote

Inheiten der Kiewer Regierungstruppen haben bei Angriffen auf die Industriemetropole Donezk im Osten des Landes Mehrfachraketenwerfer vom Typ Uragan eingesetzt. Das berichtete am Mittwoch ein Korrespondent der russischen Agentur *RIA Nowosti*. Eine Rakete schlug an einer Bushaltestelle ein und tötete acht Menschen. Eine weitere traf eine Schule. Dort starben zwei Menschen.

Der Vizepremier der international nicht anerkannten »Donezker Volks-

republik« (DVR), Andrej Purgin, beschuldigte das ukrainische Militär, gezielt auf Wohnviertel geschossen zu haben. »Die Raketenwerfer haben eine Reichweite von bis zu 40 Kilometern. Es war ein gezielter Beschuß von Wohnvierteln aus der Ferne«, sagte er dem russischen TV-Sender Rossija 24. DVR-Premier Alexander Sachartschenko mutmaßte, daß ukrainische Kampfeinheiten vor Donezk sich über die Feuereinstellungsbefehle aus Kiew hinwegsetzen würden. »Wir haben weder gestern noch heute

morgen geschossen. Doch hagelt es in Donezk Geschosse«, sagte Sachartschenko zu Journalisten. »Die ukrainische Regierung hat ihre Einheiten nicht unter Kontrolle. In ihren Bataillonen kämpft nicht steuerbares Pack.«

Die vom Westen unterstützte ukrainische Führung kündigte unterdessen an, den Bau einer knapp 2300 Kilometer langen Mauer an der Grenze zu Rußland auf unbestimmte Zeit zu verschieben. Der Grenzschutz habe der Regierung in Kiew Änderungen an dem Projekt vorgeschlagen, berich-

tete die Kiewer Tageszeitung Kapital am Mittwoch. Ursprünglich sollte die erste Bauphase an der Grenzbefestigung aus Zaun und Gräben bereits am Dienstag abgeschlossen sein. Kiews Oberbürgermeister Witali Klitschko hatte Mitte September für Negativschlagzeilen gesorgt, als er bei einem Berlin-Besuch ausgerechnet die Bundesregierung aufforderte, sein Land beim Bau der Mauer zu unterstützen – mit finanziellen Mitteln und Hilfe durch »Know how«.

(RIA Nowosti/dpa/jW)

Katalanen wollen trotz Verbots abstimmen



BARCELONA. Trotz des einstweiligen Verbots eines Referendums in Katalonien will die spanische Region über die Unabhängigkeit abstimmen. Das Regionalparlament in Barcelona beschloß am Mittwoch, für die geplante Volksabstimmung am 9. November eine Wahlkommission zu bilden. Die Opposition aus Konservativen und Sozialisten verweigerte ihre Teilnahme an der Abstimmung, weil sie in dieser einen Verstoß gegen die Entscheidung des spanischen Verfassungsgerichts sah. Die Richter hatten am Montag eine Verfassungsklage der spanischen Zentralregierung gegen das geplante Referendum zugelassen. Damit wurde die Abstimmung vorläufig verboten. Die katalanische Regionalregierung, die das Referendum für den 9. November angesetzt hatte, entschied daraufhin, die Vorbereitung einstweilen einzustellen, will jedoch weiter dafür eintreten, daß die Katalanen über die Zukunft der Region selbst bestimmen können. (dpa/jW)

NSU: Verdacht gegen Geheimdienst erhärtet

Berlin/Köln. Das Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) hatte schon 2005 eine CD mit Hinweisen auf die Terrorgruppe NSU. »Im Rahmen der Aktensichtung für ein laufendes Ermittlungsverfahren wurde im BfV eine CD aus dem Jahr 2005 gefunden, die das Kürzel NSU/NSDAP enthält«, erklärte das Bundesamt am Mittwoch und bestätigte damit einen Bild-Bericht. Daß der Geheimdienst dies bisher nicht preisgegeben hat, empört die Mitglieder des Innenausschusses im Bundestag. Die Grünen-Abgeordnete Irene Mihalic erklärte: »Dieser Fund reiht sich ein in eine Serie von Pannen des Bundesamtes für Verfassungsschutz bei der Aufarbeitung des Rechtsterrorismus.« Der Grünen-Politiker Hans-Christian Ströbele hat daher eine Sondersitzung des Parlamentarischen Kontrollgremiums beantragt, wie er am Mittwoch mitteilte.

junge Welt wird herausgegeben von 1588 Genossinnen und Genossen (Stand 4.9.2014). Informationen: www.jungewelt.de/lpg

